



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 29.11.2016, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Infrastrukturentwicklung und sozialer Zusammenhalt in den Stadtteilen und Stadtquartieren - Grundsatzbeschluss über Stadtteilmförderer und Weiterentwicklung der Stadtteilausschüsse (Vorberatung)	Vorl.Nr. 265/16
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage 265/16 und stellt die Sicht der Verwaltung dar. Die erfolgreiche Arbeit in den Stadtteilen solle fortgesetzt werden, auch um den Zusammenhalt in der Innenstadt und den Stadtteilen weiter zu verbessern. Das Ziel, für alle Stadtteile Gesamtstadtentwicklungskonzepte zu erstellen, gilt es weiter voranzutreiben. Die Bürger müssen in Zukunft stärker beteiligt werden und die Arbeit in den Stadtteilausschüssen müsse noch stärker gefördert werden. Die Mitglieder in den Stadtteilausschüssen seien für die Verwaltung wichtige Seismographen, um Handlungsbedarf in den Stadtteilen auszumachen. Um diese Aufgabe bewerkstelligen zu können, bitte er die Stadträtinnen und -räte weitere Personalressourcen in Form von Stadtteilbeauftragten zur Verfügung zu stellen. Ideal wäre die Schaffung von fünf neuen Personalstellen, realistisch seien jedoch drei.

Stadträtin Kreiser sieht wegen bevorstehenden Veränderungen die Notwendigkeit für einen Stadtteilbeauftragten auch für die Ost- und Weststadt. Den Anspruch an Personal könne die Fraktion jedoch nicht mittragen. Die Punkte 1 bis 3 der Vorlage können sie so mittragen, den Punkten 4 und 5, also der Bereitstellung von zusätzlichem Personal für die Stadtteilausschüsse könne die Fraktion nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Vierling betont, dass die Grüne-Fraktion zur Gleichberechtigung aller Stadtquartiere und -teile einen Kümmerer und einen Stadtteilausschuss für alle Stadtteile und -quartiere befürworte. Er bringt sein Unverständnis gegenüber der konsequenten Ablehnung zur Einstellung von zusätzlichem Personal zum Ausdruck. Seiner Meinung nach sei zusätzliches Personal erforderlich, über die Anzahl könne in den Haushaltsberatungen nochmals diskutieren.

Stadtrat Dr. O'Sullivan verdeutlicht die zunehmende Bedeutung der Arbeit in den Stadtteilausschüssen. Er würde die Vorlage allerdings gerne auf die Stadtteilausschüsse begrenzen und nicht auf eine weitere Bürgerbeteiligung ausweiten. Das Rederecht anwesender Bürger solle der Stadtteilausschuss selbst im individuellen Fall entscheiden. Um die Arbeit in den Stadtteilausschüssen zu verbessern seien zusätzliche Personalressourcen erforderlich. Zuvor wünsche er sich jedoch ein Konzept, was in den Stadtteilausschüssen zu verbessern sei. Erst danach könne man über die konkrete Anzahl entscheiden. Eventuell könne man das zusätzliche Personal, das für den Jugendgemeinderat erforderlich werde, mit dem für die Stadtteile verbinden. Mit weiteren Änderungsanträgen verzögere sich die Entscheidung lediglich, ein zügiges Umsetzen sei von höchster Relevanz.

Stadtrat Weiss kritisiert, dass sich an der Vorlage seit den letzten Beratungen vor den Sommerferien nichts geändert habe. Er befürworte die Lösung, erst eine Untersuchung, wie viele Personalstellen notwendig würden abzuwarten und erst dann zu entscheiden. Ihm sei nicht klar, welche Auswirkungen die Zustimmung zur heutigen Beschlussvorlage haben würde, insbesondere ob nun drei oder fünf Stellen geschaffen würden.

OBM Spec führt aus, sowohl in der West-, als auch in der Oststadt fänden derzeit große Veränderungen statt. Deshalb halte er den jetzigen Zeitpunkt für richtig, um zusätzliche Personalstellen zu schaffen. Der Gemeinderat könne nicht die Weiterentwicklung der Arbeit in den Stadtteilen fordern, dabei aber die Bereitstellung von zusätzlichem Personal verhindern.

Stadtrat Eisele hält die Ziffern 2 und 3 der Vorlage nicht für Beschlüsse, sondern für Mitteilungen. Auch er begrüße die Ausweitung der Stadtteilausschussarbeit auf die Ost- und Weststadt. Bevor zusätzliche Stadtteilbeauftragte eingestellt werden, halte er es für sinnvoll, die Position der Stadtteilausschüsse abzufragen. Ziffer 4 der Vorlage müsse aus seiner Sicht allerdings noch näher konkretisiert werden, da zur Anzahl der zusätzlichen Stellen keine Angaben gemacht würden.

Stadträtin Dziubas könne der Vorlage so zustimmen und spricht sich für die Schaffung eines Stadtteilausschusses für alle Stadtteile und Stadtquartiere aus. Die Einstellung von drei zusätzlichen Mitarbeitern halte sie vorerst für angemessen.

OBM Spec erklärt, dass die Stadtteilausschüsse in Eglosheim und Grünbühl-Sonnenberg aufgrund der vorhandenen Personalkapazität gut funktionieren. Um eine größere Wertschätzung auch gegenüber den anderen Stadtteilen zum Ausdruck zu bringen, sei zusätzliches Personal notwendig. Die konkreten Zahlen würden bei den Haushaltsplanberatungen beraten, ideal seien 5, realistisch 3 neue Stellen. Den Vorschlag der Grünen-Fraktion, 3 neue Stellen in die Haushaltsberatungen aufzunehmen, halte er für sinnvoll. Er mache den Vorschlag, die drei Stellen in die Haushaltsberatungen aufzunehmen und 2017 eine neue Beschlussvorlage im Gemeinderat zu beraten.

Stadträtin Kreiser wiederholt ihre Ablehnung gegenüber der Neuschaffung von Stellen. Die Stadtteilkümmerer würden in den Stadtteilen teilweise auch eher negativ gesehen, weil dies eine Implementierung der Verwaltung bedeute. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass in den Stadtteilausschüssen verdeutlicht wurde, dass viele Sitzungen schlecht verlaufen seien. Die geäußerten Vorschläge sollen in einer neuen/künftigen Vorlage berücksichtigt werden.

OBM Spec verdeutlicht, dass die Verwaltung keinem Stadtteilausschuss einen Kümmerer aufdränge. Die Stadtteile, die keinen Kümmerer wollen, würden auch keinen bekommen.

Stadträtin Liepins interessieren die Stellenanteile der bisherigen Stadtteilkümmerer, um besser einschätzen zu können, wie viele zusätzliche Stellen tatsächlich erforderlich seien.

Stadtrat Weiss sieht auch die Arbeit der vielen Mitarbeiter, die neben den Stadtteilkümmerern im Hintergrund für die Stadtteile tätig sind. Die FW-Fraktion werde die neue Vorlage abwarten und sieht sich erst danach entscheidungsfähig.

Herr Geiger, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, bezeichnet die bisherige Arbeit als sehr harmonisch und nicht aufgesetzt. Die vorhandenen Personalressourcen habe man bisher schon effizient eingesetzt und die Arbeit synergetisch verteilt. Der bisherige Stellenanteil der Stadtteilbeauftragten läge bei ca. 30%, wobei der unterschiedliche Aufwand für die jeweiligen Stadtteile beachtet werden müsse.

EBM Seigfried ergänzt, dass es sich bei den Kümmerern nicht um Ortsvorsteher handle. Die Stadtteilkümmerer hätten eine Bündelungsfunktion und eine Ansprechfunktion. Die Befürchtung,

vor allem in Hoheneck, dass die Verwaltungsperson wie ein Filter fungiert, sei aus seiner Sicht unberechtigt. Der Kümmerer sei dafür da, die Themen des Stadtteils aufzunehmen, im Blick zu behalten und innerhalb der Verwaltung zu verteilen. Die anderen Fachbereiche würden durch den Kümmerer nicht in ihrer Arbeit entbinden.

OBM Spec teilt mit, das Thema werde in den Haushaltsplanberatungen aufgegriffen und anschließend mit einer weiterentwickelten Vorlage im Frühjahr 2017 beraten.

In der kommenden Stellenplanberatung werden von der Verwaltung drei weitere Stellen für eine Weiterentwicklung der Stadtteilausschüsse zur Entscheidung eingestellt. Die bisherigen Anregungen und Stellungnahmen zur Weiterentwicklung der Stadtteilausschüsse werden aufgenommen und zusammengefasst und in einer neuen Vorlage im 1. Quartal 2017 beraten.

Empfehlungsbeschluss:**1. Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg zum 31.12.2015 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2015 in EUR	2014 in EUR
1.1	Bilanzsumme	65.325.508,87	66.739.424,30
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	60.616.317,81	61.139.920,56
	- das Umlaufvermögen	4.706.952,22	5.598.310,86
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	566.974,85	566.974,85
	- die Investitionszuschüsse	9.787.491,28	10.365.959,81
	- die Abwasserbeiträge	4.493.906,01	4.774.212,56
	- die Rückstellungen	3.307.537,67	3.999.649,28
	- die Verbindlichkeiten	47.169.599,06	47.032.627,80
1.2	Jahresgewinn/Jahresfehlbetrag	0	824.491,25
1.2.1	Summe der Erträge	10.537.641,12	12.266.266,03
1.2.2	Summe der Aufwendungen	10.537.641,12	11.441.774,78

2. Entlastung

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Es wird keine Aussprache gewünscht. OBM Spec lässt über die Vorlage abstimmen.

Empfehlungsbeschluss:

1. Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2017 wird zugestimmt.
Die Abwassergebühren betragen weiterhin 0,20 EUR pro Quadratmeter für Niederschlagswasser und 1,14 EUR pro Kubikmeter für Schmutzwasser.
2. Die Kostenüberdeckung bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2013 wird mit 624.356,33 EUR im Jahr 2017 vollständig ausgeglichen. Bei der Niederschlagswasserbeseitigung erfolgt 2017 jeweils anteilig der Ausgleich der Kostenüberdeckungen der Jahre 2012 mit 40.004,88 EUR und 2013 mit 134.528,17 EUR. Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt im Jahr 2017 der vollständige Ausgleich der Jahresergebnisse von 2012 in Höhe von 311,65 EUR und von 2013 in Höhe von 298,97 EUR.

Die restliche Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2013 in Höhe von 453.106,31 EUR wird in das Wirtschaftsjahr 2018 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Eine Aussprache findet nicht statt. OBM Spec lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

Empfehlungsbeschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am Sonntag, 02.04.2017 anlässlich der Saisoneröffnung „Oldtimer-Sternfahrt“
(Tammerfeld und Monrepos)

und

am Sonntag, 15.10.2017 anlässlich des Saisonabschlusses der „Oldtimer-Sternfahrt“
(Tammerfeld und Monrepos)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Eine Aussprache findet nicht statt. OBM Spec lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Projekte der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. in den Vorbereitungsklassen an der Justinus-Kerner-Schule und der Osterholzschule werden zunächst für die Haushaltsjahre 2017 bis 2019 mit einem Betrag i.H.v. 18.000€ aus Mitteln des städtischen Haushalt gefördert.
2. Die Wirkung des Tanz- und Theaterprojektes wird vom Träger in Abstimmung mit den Fachbereichen Kunst und Kultur sowie Bildung und Familie evaluiert und dem Gremium im Jahre 2019 als Grundlage für eine weitere Beschlussfassung vorgestellt.
3. Der Betrag wird mit 15.000 Euro im Budget des FB 48 und mit 3.000 Euro im Budget des FB 41 gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

J

Beratungsverlauf:

Frau Richert, Fachbereich Kunst und Kultur und Frau Schmetz, Fachbereich Bildung und Familie erläutern die Vorlage.

Stadträtin Kreiser bedankt sich im Namen der Fraktion für die sehr gute Aufarbeitung. Die Notwendigkeit der VKL-Klassen sei zur Prävention von Gewaltausbrüchen zweifellos gegeben. Allerdings müsse beachtet werden, dass von den 15 vorhandenen Klassen lediglich vier bei der Förderung berücksichtigt werden können. Sie halte im Falle der Integrationsprojekte auch die Beteiligung anderer Träger wie das Land für angebracht. Der Vorlage könne sie zustimmen.

Stadtrat Dr. Vierling zeigt sich sehr erfreut über die positiven Wirkungen auf das Selbstbewusstsein der Kinder durch das Tanzen. Auch die Erfahrung der beiden anwesenden Rektoren würde ihn noch sehr interessieren. Sehr gerne stimme seine die Fraktion der Vorlage zu.

Stadträtin Deetz hält die VKL-Klassen für die Integration traumatisierter Kinder für sehr wichtig. Emotionen müssen ausgedrückt werden können, wobei der Tanz wegen mangelnder Sprachkenntnisse eine sehr gute Möglichkeit darstellen. Außerdem können durch solche Projekte Kontakte zu anderen Kindern geknüpft werden. Zur Finanzierung schlage sie u.a. vor, Werbung in Form einer Charity-Aktion zu machen und damit mögliche Förderer zu werben.

Stadtrat Weiss befürworte ebenfalls die Fortführung der VKL-Klassen. Ihn beschäftige noch die Frage der Finanzierung. Aus der Vorlage werde nicht klar, wer wie viel finanziert. Ihn interessieren noch die Lernfortschritte in den drei Jahren und ob nach dem ersten Jahr bereits Lernfortschritte zu verzeichnen seien.

Stadtrat Eisele bedankt sich ebenfalls bei den beiden Fachbereichsleiterinnen. Er hätte auch den beantragten 20.000 Euro für die Förderung der Integrationsprojekte zustimmen können.

Aus dem Zuhörerraum erläutert ein Schulrektor das Projekt und beantwortet die Frage nach den Lernfortschritten. Die Kinder, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, kämen von ganz unterschiedlichen Schulniveaus. Durch die rhythmische Bewegungen können sich alle Kinder sprachlos verständigen und ausdrücken. Er lobt die hervorragende Arbeit der Projektleiterinnen und -leiter.

Nachdem Frau Richert und Herr Kiedaisch, Fachbereich Finanzen, die Kostenaufteilung erläuterten, lässt OBM Spec über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH und der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird ermächtigt, der Erhöhung der monatlichen Pauschalbeträge für den Aufsichtsratsvorsitzenden von 50,-- auf 70,-- EUR, die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von 25,-- auf 50,-- EUR und die übrigen Aufsichtsratsmitglieder von 25,-- auf 40,-- EUR und das Sitzungsgeld auf 60,-- EUR jeweils ab 01.01.2017 zuzustimmen.
2. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) der Blühenden Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH wird ermächtigt, der Erhöhung des Sitzungsgeld ab 01.01.2017 von 50,-- auf 60,-- EUR pro Sitzung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Beratungsverlauf:

Eine Aussprache findet nicht statt. OBM Spec ergänzt der Betrag von 60 Euro werde im Beschlussvorschlag ergänzt. Anschließend lässt über die Vorlage abstimmen.